

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Regierungszugriff auf die politische Bildung verhindern! – Unabhängigkeit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung erhalten!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Landeszentrale und andere Träger der politischen Bildung können ihre Arbeit nur unabhängig und überparteilich machen, wenn sie frei und auf Grundlage ihrer professionellen Expertise gesellschaftliche Herausforderungen in der Bildungsarbeit adressieren können. Der Senat wird daher aufgefordert, alle Versuche und Maßnahmen der politischen Einflussnahme auf die Landeszentrale für politische Bildung und die politische Bildung im Allgemeinen zu unterlassen. Im Besonderen ist von der Einrichtung einer Stabsstelle für politische Bildung und Demokratieförderung in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie abzusehen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 1. Dezember 2024 zu berichten.

Begründung

Die demokratischen Strukturen unseres Landes sind nach dem Zweiten Weltkrieg nie so sehr von demokratiefeindlichen Kräften herausgefordert worden, wie dies aktuell der Fall ist. Parteien und Zivilgesellschaft müssen den entsprechenden Angriffen gegenüber klare Signale setzen und Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit entschlossen entgegentreten. Die Landeszentralen für politische Bildung spielen dabei eine bedeutende Rolle. Die Unabhängigkeit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung ist rechtlich im Erwachsenenbildungsgesetz (EBiG, § 12f.) eindeutig geregelt. Darin ist festgehalten, dass die Gesamtverantwortung für die Arbeit bei der Zentrale selbst liegt. Ein Kuratorium wacht über die Überparteilichkeit der Arbeit.

Die Pläne der Bildungssenatorin verstoßen nicht nur gegen die Grundlagen der politischen Bildung, wie sie nach dem Nationalsozialismus über Jahrzehnte demokratischer Konsens waren. Es besteht auch die Gefahr, dass künftig von Senatsseite aus Pluralität verhindert wird und Kontroversität auf der Strecke bleibt. Das Kuratorium, das diese Prinzipien bisher überwacht, wird entmachtet; die durch die Leitung der Landeszentrale gesicherte Fachlichkeit ausgehöhlt. Damit werden Demokratiebildung und politische Bildung in Berlin geschwächt, was antidemokratische Akteure im Lande stärken wird (vgl. Petition „Regierungszugriff auf die politische Bildung verhindern!“ der Deutschen Vereinigung für politische Bildung e.V. – Landesverband Berlin¹)

Berlin, den 17. September 2024

Jarasch Graf Krüger Kahlefeld
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

¹ Change.org (2024). Petition: Regierungszugriff auf die politische Bildung verhindern!. Unabhängigkeit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung erhalten!. DVPB Berlin. Im Internet unter: <https://www.change.org/p/regierungszugriff-auf-die-politische-bildung-in-berlin-verhindern> (letzter Zugriff am 17.09.2024)